WKF-07-549-2

Handeln – und zwar jetzt! Maßnahmen für ein klimaneutrales Land

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

44. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
15. - 17. November 2019, Bielefeld

Antragsteller*in: Philipp Bruck (KV Bremen-Kreisfrei)

Änderungsantrag zu WKF-07

Nach Zeile 549 einfügen:
Flächensparend Wohnen und ressourcensparend Bauen. Die Effizienzgewinne durch energetische Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten fast vollständig durch die Zunahme der Pro-Kopf-Wohnfläche aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Gleichzeitig steckt in jedem Neubau graue Energie, die für die Herstellung von Beton, Stahl und anderen Baustoffen eingesetzt wird. In Zeiten der Klimakrise heißt die Lösung für zu wenig verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum deshalb nicht "Bauen, Bauen, Bauen", sondern den bestehenden Wohnraum besser auszunutzen. Und wo gebaut wird, sollten möglichst ökologische Baustoffe eingesetzt werden.

Wir wollen:

- die graue Energie, die in Baustoffen wie Beton und Stahl steckt, durch den Einsatz von Holz, Recyclingmaterial und anderen ökologischeren Baustoffen reduzieren und dafür die rechtlichen und finanziellen Voraussetzungen verbessern.
- dass der vorhandene Wohnraum besser genutzt wird. Dazu vereinfachen wir die rechtlichen Voraussetzungen für Wohnungstausch, fördern flexible Grundrisse und beraten zu Umzügen und Umbauten mit dem Ziel der Verkleinerung der Wohnfläche. Mit einem Programm für flächensparendes Wohnen ermöglichen wir es beispielsweise Eltern, ihre Wohnung nach dem Auszug ihrer Kinder so umzubauen, dass die alten Kinderzimmer vermietet werden können.

Begründung

In Zeiten des Klimawandels und begrenzter Ressourcen kann die Lösung für den Wohnungsmarkt nicht in immer mehr Neubauten liegen. Jeder Neubau verursacht Treibhausgasemissionen. Die Effizienzgewinne durch energetische Modernisierungen wurden in den letzten Jahrzehnten fast vollständig durch die Zunahme der Wohnfläche pro Kopf aufgezehrt, sodass der Energieverbrauch real kaum gesunken ist. Und das trotz Dämmung, effizienterer Heizkessel und dreifachverglaster Fenster. Das darf so zukünftig nicht weitergehen.

Es gibt in der Tat zu wenig verfügbaren, bezahlbaren Wohnraum. Gleichzeitig gibt es aber auch etliche Menschen, die nach dem Auszug ihrer Kinder, dem Tod der Partner*in oder aus anderen Gründen in überdurchschnittlich großen Wohnungen leben. Viele dieser Menschen würden gerne in kleineren Wohnungen leben, die auch einfacher zu unterhalten sind. So würde Wohnraum frei – ohne dass neu gebaut werden muss.

Das Umweltbundesamt kam kürzlich zum Schluss: "Die stetig steigende Pro-Kopf-Wohnfläche in Deutschland hat, neben den Auswirkungen auf wachsenden Flächen- und Ressourcenverbrauch,

Wohnraummangel und das soziale Miteinander, durch einen damit einhergehenden steigenden Energieverbrauch und steigende Emissionen direkte negative Effekte für den Klimaschutz. [...] Das Treibhausgasminderungspotenzial einer Reduktion der Pro-Kopf-Wohnfläche ist enorm. [...] Aus Sicht des UBA sollten alle gesellschaftlichen Gruppen, die über große Wohnflächen verfügen, zu Einsparungen motiviert werden."
Quelle: https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/flaechensparend-wohnen

Ansätze für flächensparendes Wohnen gibt es reichlich. Die Änderungsanträge beschränken sich auf positive Anreize und Angebote:

- Beratung zu Wohnungstausch, Umzugs- und Umbaumöglichkeiten
- Förderprogramme, die Umzüge und Umbauten von Wohnungen mit dem Ziel einer kleineren Wohnfläche erleichtern
- Rechtliche Verbesserungen, die Wohnungstausch ohne mit Neuverträgen verbundene Mieterhöhungen erlauben
- Eine öffentliche Plattform für Wohnungstausch, in die neben den öffentlichen Wohnungsbaugesellschaften auch die Bestände privater Vermieter*innen einbezogen werden sollen.

weitere Antragsteller*innen

Christopher Hupe (KV Bremen-Nordost); Simon Malte Metzger (KV Bremen LdW); Wilko Zicht (Bremen-Ost KV); Anne Schierenbeck (KV Bremen-Nordost); Karolina Ziehm (KV Berlin-Treptow/Köpenick); Andreas Diebold (KV Heidelberg); Jens Hirschberg (KV Bremen-Kreisfrei); Ralf Bohr (KV Bremen-Ost); Ina Jacobi (KV Göttingen); Hans-Jörg Kohlenberg (KV Schaumburg); David Höffer (KV Bremen-Nordost); Peter Pütz (KV Göttingen); Friederike Gravenhorst (KV Bremen-Nordost); Andreas Rieger (KV Dahme-Spreewald); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Lucas Christoffer (KV Bremen-Mitte); Heidi Tilliger (KV Bremen-Mitte); Joachim Schmitt (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Tobias Balke (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); sowie 9 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.